

FR SUSTI HAZ

64

CDU Fraktion

Herrn
Oberbürgermeister Ivo Gönner
Rathaus

89070 Ulm

Städt. Ulm
Zentrale Dienste
Eing. 05. Mai 2008
Tgb.-Nr. II 182
Bearb. Stelle

Ulm, 30.04.2008

OB, 03/16

Fr: 300123
FWG/12P
SPD

Grüne
V64/10P
SUB
30

cc: 5-5.08/

Betrifft: Schaffung einer Umweltzone in Ulm

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt hat darüber informiert, dass im Jahr 2009 in Ulm eine Umweltzone samt Fahrverbot für ältere Autos eingerichtet wird. Neuere Autos können gegen Gebühr eine Umweltplakette erwerben als Voraussetzung für die Fahrerlaubnis in der ausgewiesenen Umweltzone. Die Kosten für die Plakette belasten die Autobesitzer, die Beschilderung der Stadt und die Überwachung den Gemeindehaushalt und das Fahrverbot für ältere Autos trifft vor allem ärmere Bevölkerungsschichten und kleinere Betriebe. Ziel dieser Vorschrift ist, die Feinstaubbelastung in der Innenstadt zu senken bzw. die Tage der Überschreitung der zulässigen PM10 Tagesgrenzwerte in der Stadt Ulm zu vermindern.

Ein am 16.4.2008 in der IHK Ulm vorgestelltes Gutachten des Fraunhofer Instituts für Verkehr- und Infrastrukturplanung in Dresden, das uns vorliegt, wertete jahrelange Messungen (auch in Ulm) der PM 10 Belastung wissenschaftlich aus und kommt zum Schluss, dass die Umweltzone als Instrument, um die Feinstaubbelastung in Ulm zu senken, nahezu unwirksam ist. Die erreichbare Verbesserung, was die Einhaltung der Grenzwerte betrifft, liegt bei 0,1 bis 2,5 %, ist also zu vernachlässigen. Die Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte hängen vor allem mit nicht beeinflussbaren meteorologischen Bedingungen zusammen wie intensive Sonneneinstrahlung, wenig Niederschläge, wenig Wind und Inversionswetterlagen und nicht mit dem Verkehr.

„Die Umweltzone ist ein aufwendiges Mittel, ohne die Luftqualität spürbar zu verbessern“, sagte Dr. Ing. Matthias Klingler vom Fraunhofer Institut. Als wirksamere Mittel zur Verbesserung der Luftqualität führte er an: Verlagerung des Durchgangsverkehrs aus der Stadt (vor allem für Lastwagen), eine dynamische Verkehrssteuerung (um Staus zu vermeiden) und Begrünungsmaßnahmen (um das Erhitzen des Asphalts zu reduzieren).

Wir beantragen daher, das Vorhaben zu überdenken und die Frage zu prüfen, ob in Ulm überhaupt eine Umweltzone eingeführt werden soll.

Laut Information, die die IHK eingeholt hat, ist das Reglerungspräsidium bereit, sich in dieser Entscheidung nach dem Wunsch der Städte zu richten.

Mit freundlichem Gruß

D. Dillenz, H. Dörfler, G. Dusolt, Dr. Karin Graf, J. Hedwig, H. Hengartner, Dr. B. Holz, S. Keppler, Dr. Th. Kienle, Dr. W. Roth, Dr. R. Schäfle, W. Walter.